

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag.^a Indra Collini an Landeshauptfrau Mag.^a Johanna Mikl-Leitner
bezüglich: **"Nah-sicher - Parteiwerbung mit Landesmitteln?"**

Der Wahlkampf für die Landtagswahlen 2023 hat offenbar schon längst begonnen. ÖVP-Parteiwerbung, getarnt hinter Initiativen wie "nah-sicher", werden uns in den kommenden Monaten wohl verstärkt begleiten. Mit der Aktion "nah-sicher" soll, der Beschreibung nach, das Bewusstsein für die Bedeutung niederösterreichischer Nahversorger_innen und die regionale Wertschöpfung gestärkt werden, sowie niederösterreichische Kaufleute vor den Vorhang geholt werden. Dieses Vorhaben ist per se zu begrüßen. Doch es wäre nicht Niederösterreich, könnte man die Frage "Cui Bono?", also wem nützt es, nicht ein weiteres Mal und zweifelsfrei mit VPÖ beantwortet. Die Tatsache, dass auf den Werbemitteln dieser, von der Landesregierung lancierten, Kampagne die NÖVP als Unterstützerin aufscheint, erweckt den Verdacht, dass hier Mittel aus dem Landesbudget als indirekte Werbung für die VPÖ missbräuchlich verwendet werden.

Zur Chronologie: Mit Jahresbeginn überschwemmte man das Land mit unzähligen Werbegeschenken, die - rein optisch - auf eine Initiative der Landesregierung hinzuweisen schienen. Bei genauerer Betrachtung werden auf diesen Werbeartikeln, eher bewusst als unbewusst, VPÖ (Partei) und Land NÖ (Landesregierung) vermischt. Man verließ sich dabei auf die Beauftragung eines durchaus als parteinah bezeichnbaren Verlages, der neben der Gestaltung dieser Initiative auch die offizielle Parteizeitung der VPÖ herausgibt. Dass Landeshauptleute als Testimonials für Kampagnen im Land dienen, ist dabei völlig verständlich - Werbemittel aus einer Initiative der Landesregierung, die darüber hinaus für eine wahlwerbende Partei im Land die Werbetrommel rührt, sind aus Gründen der Fairness jedenfalls zu hinterfragen.

Vor dem Hintergrund der Enthüllungen gelebter ÖVP Geschäftspraxis auf Bundesebene, führt diese Vorgehensweise um so mehr zu ungläubigem Kopfschütteln, als dass man davon ausgehen möchte, dass gerade in Zeiten wie diesen jeder Anschein von versteckter Parteienfinanzierung aktiv hintanzuhalten wäre. Anstelle dessen, geht man hier alte Wege und betreibt alte Politik, die zu einem fortschreitenden Vertrauensverlust der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsträger_innen führt.

Mit einer Wahlkampfkostenobergrenze von 6 Millionen Euro im Land, nimmt die VPÖ bereits jetzt nahezu so viel Steuergeld für Landtagswahlkämpfe in die Hand, wie es dem Bund bei Nationalratswahlen gesetzlich erlaubt ist (7 Mio. Euro). Alle Mittel, die vor dem Erfassungstichtag der Wahlkampfkosten für derartige Kampagnen, Werbung und Initiativen genutzt werden, werden naturgemäß nicht auf die Obergrenze angerechnet. Damit kann bereits jetzt davon ausgegangen werden, dass der VPÖ Landtagswahlkampf 2023 insgesamt teurer wird, als es das Gesetz vorsieht. Um aber den gesetzlichen Rahmen zu wahren, werden vorgestaffelte Kampagnen, die bewusst Werbung für die VPÖ beinhalten, eben entsprechend vorab lanciert.

Das sollte jeder Bürgerin und jedem Bürger zu denken geben. Steuergeld für Parteiwerbung, mutmaßlich getarnt hinter Initiativen, Projekten und Kampagnen der VPÖ dominierten Landesregierung, die durch entsprechende Sujets auf den Werbemitteln der VPÖ zugerechnet werden können, haben weder in einem transparenten Vorwahlkampf noch in der

heißen Phase des Wahlkampfes ihre Berechtigung. Das sind wir der Bevölkerung vor dem Hintergrund schwindenden Vertrauens in die Politik schuldig.

Da Transparenz das beste Mittel gegen strukturelle Korruption, Steuergeldverschwendung oder indirekte Parteienfinanzierung ist, stellt die Gefertigte folgende

ANFRAGE

1. Welche Mittel wurden von Seiten des Landes für die Initiative "nah-sicher" aufgewendet? (Bitte um genaue Angabe der Kosten der Website/ Inserate, sowie Werbeartikel)
 - a. Wer war an der Konzeption dieser Initiative federführend beteiligt?
2. Gab es ein öffentliches Ausschreibungsverfahren für Dienstleistungen im Zusammenhang mit dieser Kampagne?
 - a. Wenn ja, wie viele Unternehmen haben ein Angebot gelegt?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Entscheidungsgrundlage führte letztendlich zur Auftragsvergabe an den "Innova-Verlag"?
4. Wer führte die Verhandlungen über Art und Inhalt der erwarteten Dienstleistung mit dem "Innova-Verlag"?
5. In welchem Ausmaß sind Sie, in Ihrer Tätigkeit als Landeshauptfrau, in die Kampagne "nah-sicher" involviert? (bitte um Angabe der Termine, wo Sie im Rahmen der Initiative auftreten)
6. Waren Sie in die Verhandlungen mit dem "Innova-Verlag" bezüglich der Kampagne "nah-sicher" involviert?
7. Gibt es zwischenzeitlich Daten, die über den Grad der Wirksamkeit dieser Initiative Aufschluss geben?
 - a. Wenn ja, wie wirksam ist diese Initiative?
 - b. Wenn nein, wann werden diese vorliegen,
 - c. wie und durch wen werden diese Daten evaluiert und
 - d. wo werden diese Daten veröffentlicht?
8. Welche Kampagnen, Initiativen und Projekte in ähnlicher Ausgestaltung beabsichtigt die Landesregierung bis September 2022 noch zu lancieren?
 - a. Welche Inhalte werden diese Kampagnen, Initiativen und Projekte haben?
 - b. Was werden diese Kampagnen, Initiativen und Projekte das Land NÖ kosten?